

21

85

Union in Deutschland

Bonn, den 20. Juni 1985

Heiner Geißler:

Die bisherige Politik muß unbeirrt fortgeführt werden

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Dienstag im Präsidium und im Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union die Lage der Partei beschrieben und einen Bericht von der Arbeit der Bundesregierung gegeben. Nach der Sitzung unterrichtete CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Bonner Presse von der Diskussion und den Feststellungen, die von beiden Gremien getroffen worden sind:

Zunächst hat der Bundesvorstand noch einmal nachdrücklich unterstrichen, daß die bisherige Politik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik kontinuierlich fortgeführt werden muß. Der Bundesvorstand hat zum Ausdruck gebracht, daß es für die wirtschaftliche Entwicklung und auch für die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt entscheidend darauf ankommt, daß die Bundesregierung durch eine klar kalkulierbare Politik weiter ein Klima des Vertrauens schafft, ein Klima des Vertrauens sowohl für die Unternehmen als auch für die Arbeitnehmer. Wirtschaftliches Wachstum, Preisstabilität, weiterer Ausbau unserer Exportchancen, aber auch eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt in diesem und im kommenden Jahr, das sind die wichtigsten wirtschafts-, konjunk-

In dieser Ausgabe lesen Sie:

- **DEUTSCHE FRAGE**
Vor 40 Jahren: Mit der Berliner Erklärung wurde Deutschland handlungsunfähig Seite 4
- **KOALITION**
Einigung in den noch offenen Fragen der Innen- und Rechtspolitik Seite 5
- **BESCHÄFTIGUNG**
Spürbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit Seite 7
- **40 JAHRE CDU**
40 Jahre Politik für Deutschland Seite 11
- **DOKUMENTATION**
40 Jahre CDU Rheinland. Ansprache von Helmut Kohl im Kölner Gürzenich Grüner Teil
- **CDU-EXTRA**
Brandt in Moskau. Treffen mit Gorbatschow Gelber Teil

Hinweis: Die nächste Ausgabe UID 22/85 erscheint am 4. Juli 1985.

tur- und sozialpolitischen Ziele. Deshalb hat der Bundesvorstand noch einmal klargestellt: er erwartet, daß die Beschlüsse, die die Bundesregierung bereits gefaßt hat, die darüber hinaus vorbereitet worden sind und in der Kabinettsitzung am 1. Juli endgültig verabschiedet werden sollen, von den Koalitionsparteien voll getragen werden und zum Anlaß für eine psychologische Offensive genommen werden. Das bedeutet,

■ daß die Steuerentlastung in zwei Stufen vorgenommen wird,

■ daß die Neuverschuldung auch 1986 auf 25 Milliarden DM zurückgeführt wird,

■ daß es zu einer weiteren Bestätigung der Haushaltskonsolidierung kommt, der Ausgabenzuwachs unter 3 % liegt,

■ daß die verabredeten Maßnahmen durchgeführt werden, nämlich Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsbauten, Erhöhung der Mittel für Stadtsanierung und Dorferneuerung und Verbesserung der Umweltschutzinvestitionen der Kommunen im Rahmen der ERP-Mittel und der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Der Bundesvorstand hat sich natürlich auch mit der Lage nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen befaßt.

Es ist auf Grund der Analyse, die der Bundesvorstand vorgenommen hat, nicht zu verkennen, daß die Union zur Zeit ein Zwischentief zu durchfahren hat. Aber der Bundesvorstand ist sich darüber im klaren, daß ein solches Tief jeder Regierung bevorsteht, die in einer Zeit des Umbruchs und des Strukturwandels eine grundlegende Veränderung herbeiführen will. Der Bundesvorstand ist davon überzeugt, daß, wenn sich die gegenwärtige Unruhe etwas gelegt hat, deutlich werden wird: **Zur Politik der Union in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gibt es keine Alternative.**

Die sozialdemokratische Partei ist ohne Alternative. Das einzige, was sie vor-

schlägt, sind Konjunkturprogramme, wie sie in den 70er Jahren bereits aufgelegt worden waren, Konjunkturprogramme in einer Größenordnung von 55 Milliarden DM, die nichts bewirkt haben, deren Ergebnis auf dem Arbeitsmarkt sogar das Gegenteil von dem beweist, was die Vertreter von Konjunkturprogrammen erwarten. Von 1972 bis zum Jahre 1982 ist die Zahl der Arbeitslosen von unter 1 Million auf nahezu 2 Millionen angestiegen. **Die sozialdemokratische Partei ist ohne ernst zu nehmende Alternative, wirtschaftspolitisch nicht und arbeitsmarktpolitisch nicht.** Dafür betreibt sie aber eine um so hektischere Stimmungsmache. Und obwohl man eigentlich erwarten mußte, daß in einer so schwierigen Situation des Strukturwandels und des Umbruchs alle demokratischen Parteien den Ernst der Lage der Bevölkerung gegenüber vertreten, schürt die sozialdemokratische Partei den sozialen Neid, schürt sie Mißgunst.

Sichtbare Erfolge

Der Bundesvorstand hat auch die Lage der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern analysiert und beurteilt. Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland durch die Politik der Union, durch die Politik der Bundesregierung bei den wichtigsten Wirtschaftsdaten im Vergleich zu anderen Industrieländern in Europa in einem klaren Aufwärtstrend befindet. Wenn man sich die Verhältnisse in England, in Frankreich oder in Italien vor Augen führt, dann wird klar, daß bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aber auch bei der Bekämpfung der Inflation die Bundesrepublik Deutschland sichtbare Erfolge aufzuweisen hat und im Vergleich zu allen anderen Industriestaaten in Europa mit Abstand am besten dasteht.

Der Bundesvorstand erwartet allerdings auch, daß die Christlich Demokratische Union innerhalb der Koalition ihren Charakter als Volkspartei nicht nur bewahrt, sondern voll zum Ausdruck bringt. Dies bedeutet, daß auch die auf Grund der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen nun möglichen sozialpolitischen, familienpolitischen und steuerpolitischen Entscheidungen vor allem ab 1. Januar nächsten Jahres realisiert und nicht in Frage gestellt werden. Diese sozialpolitischen Entscheidungen sind von großer Bedeutung. Sie führen vor allem dazu, daß bei einer Reihe unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger die verständliche Sorge um ihre soziale Sicherheit beseitigt werden kann.

Der Bundesvorstand hat sich auch mit der außenpolitischen Situation befaßt. Der Bundesvorstand lehnt jede künstliche Alternative zwischen den Vereinigten Staaten und einer europäischen Politik ab. **Unsere Sicherheit und unsere Freiheit sind untrennbar verbunden mit dem Bündnis mit den Vereinigten Staaten**, und dieses Bündnis kann nicht ersetzt werden durch eine wie immer auch geartete europäische Politik.

Im Bundesvorstand und im Parteipräsidium ist noch einmal klar die Position des Bundeskanzlers bestätigt worden. SDI, also das Forschungsprogramm der Vereinigten Staaten zur Abwehr atomarer Raketen, ist moralisch gerechtfertigt. Wir sind der Auffassung, daß wir die Politik mit den europäischen Ländern, was die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie anbelangt, weiter vorantreiben müssen. Wir sind der Auffassung, daß es auch in Europa zu Fortschritten kommen muß. Deswegen muß der Mailänder Gipfel, wenn auch nur kleine Schritte möglich sein werden, Ergebnisse haben, die eine institutionelle Verbesserung der Europapolitik bringen.



Trauer um Alois Mertes

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt zum Tode von Alois Mertes:

Der Tod von Alois Mertes hat die deutsche Politik um eine große Persönlichkeit ärmer gemacht. Bei Alois Mertes verband sich ein herausragender Intellekt mit äußerster Charakterfestigkeit und Menschlichkeit. Als Beamter und als Politiker hat er seine Pflicht darin gesehen, seine christlichen Grundüberzeugungen in die politische Wirklichkeit umzusetzen. Er gewann seine große Überzeugungskraft aus Patriotismus und der Treue zu sich selbst. Seine Beiträge haben die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland mitgeprägt. Sein kluger Rat und seine Leidenschaft für die Sache der Deutschen werden uns fehlen.

■ DIE DEUTSCHE FRAGE

Vor 40 Jahren: Mit der Berliner Erklärung wurde Deutschland handlungsunfähig

US-Botschafter Arthur Burns hat vor seinem Abschied von Deutschland die Treuhänderschaft auch seines Landes für das ganze deutsche Volk in Erinnerung gerufen. Worauf diese Treuhänderschaft beruht — daran erinnert Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, aus Anlaß des Jahrestages der Berliner „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“, die am 5. Juni 1945 von den vier Siegermächten vereinbart und verkündet worden ist.

Diese Erklärung ist nach wie vor gültiger Basistext der Nachkriegszeit für die Rechtslage Deutschlands bis zum Friedensvertrag mit Deutschland, dessen bewaffnete Streitkräfte am 7. Mai 1945 in Reims und am 9. Mai 1945 in Karlshorst „im Namen des deutschen Oberkommandos“ bedingungslos kapituliert hatten. Inhalt und Geltungsbereich der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin, die bis zum Friedensvertrag gelten, ergeben sich aus der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 einschließlich ihrer Anlagen. Die vier Hauptsieger übernehmen damit die oberste Gewalt (supreme authority) in Deutschland, ohne eine Annexion bewirken zu wollen. Die Präsenz der Westmächte in Berlin hat nicht nur eine Schutzfunktion für die Freiheit der drei Westsektoren. Sie verkörpert vielmehr die **Offenheit der deutschen Frage und die Notwendigkeit einer Friedensregelung, in der „das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.**

In den letzten Jahren hat es sich eingebürgert, von der „bedingungslosen Kapitulation Deutschlands“ zu sprechen. Da unter „Deutschland“ der deutsche Staat verstanden wird, trägt diese Ausdrucksweise zu der geschichtlichen und rechtlich irri- gen Meinung bei, Deutschland habe sich selbst bei der Kapitulation der Wehrmacht als Staat eigenhändig aufgegeben. Dies trifft keineswegs zu. Der Zweite Weltkrieg und das NS-Herrschaftssystem endeten mit der militärischen Kapitulation der Wehrmacht, nicht aber mit einer Selbstauflösung des deutschen Staates. Im Gegensatz zu einer heute weitverbreiteten Meinung ist die Zerschlagung der staatlichen Einheit Deutschlands ausschließlich die Folge mißbrauchten Sieger- und Besatzungsrechts. Zu keinem Zeitpunkt und bei keiner Gelegenheit hat eine befugte deutsche Autorität eine Preisgabe des deutschen Staates unterzeichnet. Diese unbestreitbare Tatsache bleibt für die politische Zukunft Deutschlands und seiner Hauptstadt von überaus schwerwiegender Bedeutung, auf die beim Abschluß der Ostverträge die Westmächte durch Noten mit Nachdruck hingewiesen haben.

Wir Deutschen im Westen unseres Vaterlandes geben — aller Widrigkeit und Resignation zum Trotz — weder die geschichtliche Hoffnung, noch den politischen Willen, noch die menschliche Beharrlichkeit auf, die unser nationales Ziel erfordert: **„Ein Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.**

■ KOALITION

Einigung über die noch offenen Fragen der Innen- und Rechtspolitik

Die Parteivorsitzenden der CDU, CSU und FDP, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Ministerpräsident Dr. Franz-Josef Strauß und Bundeswirtschaftsminister Dr. Bangemann befaßten sich bei ihrem Treffen am 13. Juni 1985 mit offenen Fragen der Innen- und Rechtspolitik und dem Bericht der von ihnen eingesetzten Kommission unter Beteiligung von Bundesminister Dr. Schäuble, Staatssekretär Dr. Stoiber und Staatssekretär Dr. Kinkel.

Der vorgelegte Bericht beinhaltet eine umfassende Bestandsaufnahme der innen- und rechtspolitischen Vorhaben der Koalition und macht konkrete Vorschläge dazu, welche der vordringlichsten Gesetzentwürfe und wie sie noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden können.

Die Parteivorsitzenden haben entsprechend den Vorschlägen des Berichts und nach Absprache mit den Fraktionen und vor allem den für die Innen- und Rechtspolitik verantwortlichen Abgeordneten folgendes beschlossen:

1. Demonstrationsstrafrecht/ Vermummung/passive Bewaffnung:

a) § 125 StGB wird um einen Absatz 2 ergänzt, der denjenigen mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bedroht, der in einer gewalttätigen Menschenmenge (§ 125 Abs. 1 StGB)

■ Schutzwaffen oder Gegenstände, die als Schutzwaffen geeignet und dazu bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen

eines Trägers von Hoheitsbefugnissen abzuwehren, mit sich führt oder

■ sich in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung seiner Identität zu verhindern, aufhält, obwohl ein Träger von Hoheitsbefugnissen dazu aufgefordert hat, diese Gegenstände oder Aufmachung abzulegen oder sich zu entfernen.

b) Im Versammlungsgesetz wird das Mitführen von Schutzwaffen und die Aufmachung der beschriebenen Art gesetzlich verboten und das Verbot mit einer Geldbuße bewehrt.

c) Gegenstände, auf die sich die vorgenannten Bestimmungen beziehen, können eingezogen werden.

Damit wird der Polizei eine wirksame Handhabe gegeben, um den friedlichen Ablauf von Demonstrationen zu sichern. Sie hat es in der Hand, Störenfriede auszusondern und friedlichen Demonstranten zu helfen, daß sie ihre Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit auch tatsächlich ausüben können.

2. a) Personalausweisgesetz, Paßgesetz:

Das Personalausweisgesetz und das Paßgesetz werden im Oktober/November 1985 im Deutschen Bundestag verabschiedet werden. Damit wird die Einführung fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweise und Pässe noch in dieser Legislaturperiode möglich.

b) Bundesverfassungsschutzgesetz, MAD-Gesetz, Gesetz über die informatorische Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des

Staats- und Verfassungsschutzes — ZAG:

Diese wichtigen Gesetzesvorhaben im Sicherheitsbereich werden ebenfalls noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet. Zu diesem Zweck werden die innen- und rechtspolitischen Fachleute der CDU/CSU- und der FDP-Fraktionen sie so vorantreiben, daß die Parteivorsitzenden im Oktober in einer Schlußrunde die evtl. noch offengebliebenen politischen Punkte entscheiden und diese Gesetze zum gleichen Zeitpunkt im Deutschen Bundestag eingebracht werden können, in dem Personalausweis- und Paßgesetz verabschiedet werden.

c) Bundesdatenschutzgesetz, Zevis (= Gesetz zum Aufbau eines zentralen Verkehrsinformationssystems):

Dasselbe gilt für diese Datenschutzvorhaben, die ebenfalls von zentraler Bedeutung sind. Auch sie werden im Oktober/November im Bundestag eingebracht und noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

d) Arbeitsgruppen des BMI und des BMJ: Zur Unterstützung der Innen- und Rechtspolitiker beider Koalitionsfraktionen bei ihren Beratungen werden im BMI und BMJ Arbeitsgruppen von Beamten eingesetzt, die auf die Abgeordneten mit dem Ziel zuarbeiten, die von den Parteivorsitzenden vorgegebenen inhaltlichen und zeitlichen Vorstellungen einzuhalten.

e) Musterentwurf eines Polizeigesetzes, BKA- und BGS-Gesetz:

Weiter forciert vorangetrieben, aber in dieser Legislaturperiode wahrscheinlich nicht mehr verabschiedet werden, können der Musterentwurf eines Polizeigesetzes sowie die Neufassungen des BKA- und des BGS-Gesetzes.

3. Wirtschaftsrecht/Verbraucherrecht:

Die Koalitionsparteien messen dem Wirtschafts- und Verbraucherrecht erhebliche

Bedeutung bei. Auf diesen Gebieten werden in dieser Legislaturperiode noch folgende Vorhaben verabschiedet:

a) Gesetzentwurf über die Maklerverträge,

b) eine gesetzliche Regelung, die das gesetzliche Kündigungsrecht nach § 241 BGB ersetzt,

c) gesetzliche Regelungen über die Haustürgeschäfte,

d) gesetzliche Regelungen über den unlauteren Wettbewerb.

4. Scheidungsfolgenrecht/ Versorgungsausgleich:

Beide Vorhaben werden in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

5. Ausländerrecht:

Über noch offene Fragen im Zusammenhang mit dem Ausländer- und Asylrecht werden unverzüglich gesondert Gespräche geführt.

BAFÖG-Kürzungen korrigiert

Der Bundestag hat einige der 1982 vorgenommenen Kürzungen der Ausbildungsförderung (BAFÖG) abgemildert. Einstimmig wurde eine Gesetzesnovelle beschlossen, wonach geförderte Schüler wieder für den Ferienmonat August Unterstützung erhalten. Ferner wird zukünftig ein Zuschuß für Mehrkosten bei einem Auslandsstudium gewährt. Auszubildende, die mindestens ein Kind im eigenen Haushalt zu betreiben haben, werden in die Förderung grundsätzlich aufgenommen. Die Übergangsregelung für Grundwehr- und Zivildienstleistende wird sich künftig auch auf Zeitsoldaten erstrecken. Bei den Ausschlußberatungen in letzter Minute gestrichen wurde die ursprüngliche Absicht, die durch die Neuregelung erwarteten Mehrkosten durch eine Herabsetzung der Altersgrenze für Förderungs-Erstanträge von 30 auf 27 Jahre aufzufangen.

■ BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG

Arbeitslosigkeit im Mai gebremst

Wie stets im Mai ist auch in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit spürbar zurückgegangen. Folgende Sonderfaktoren können dazu beigetragen haben, daß die im ganzen gute wirtschaftliche Entwicklung im bisherigen Jahresablauf noch nicht in wünschenswertem Umfang auf dem Arbeitsmarkt durchgeschlagen ist:

Die beschäftigungsfördernden Impulse des am 1. Mai 1985 in Kraft getretenen Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985 schlagen im wesentlichen erst mit einer zeitlichen Verzögerung durch.

Auch Vorruhestandsverträge kommen in größerer Zahl erst in den nächsten Monaten zum Zuge, weil viele Abmachungen erst wirksam werden, wenn auf die freierwerbenden Arbeitsplätze junge Menschen übernommen werden können, die in den Sommermonaten die betriebliche Ausbildung abschließen, oder wenn in Kleinbetrieben mit bis zu 20 Beschäftigten Auszubildende eingestellt werden können (in beiden Fällen werden die Voraussetzungen für staatliche Zuschüsse für das Vorruhestandsgeld erfüllt).

Es ist legitim, wenn Unternehmen und Betriebe die kombinierten Möglichkeiten aus Vorruhestandsregelungen und nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz so nutzen und zeitlich so plazieren, daß sie möglichst viele fertig ausgebildete junge Menschen in Arbeitsverhältnisse übernehmen und außerdem auch in diesem Jahr wieder möglichst vielen Schulabgängern Ausbildungsstellen anbieten können. Die staatliche Arbeitsmarktpolitik muß hinnehmen, daß diese Verhältnisse zur Folge haben kann, daß sich die Statistiken der Be-

schäftigung und der Arbeitslosigkeit für einige Monate nicht ganz so günstig entwickeln, wie dies eigentlich möglich wäre. Entscheidend für die Beurteilung ist, welche Beschäftigungs- und Arbeitsmarktwirkungen unternehmerische und betriebliche Dispositionen einerseits und staatliche gesetzgeberische und beschäftigungsfördernde Maßnahmen andererseits für 1985 insgesamt und ebenso für die Folgejahre auslösen, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Haimo George.

Beschäftigungspolitik ist eine Daueraufgabe, die nicht von kurzfristiger Hektik bestimmt sein darf.

Angesichts der immer noch unvertretbar hohen Arbeitslosigkeit verdienen alle Überlegungen und Denkanstöße, die auf Abbau der Arbeitslosigkeit gerichtet sind, eingehende Prüfung. Nach wie vor ist aber vor beschäftigungspolitischen „Strohfeuer-Aktionen“ zu warnen. Sie sind teuer und haben arbeitsmarktentlastende Wirkung nur für kurze Zeit. Vor allem besteht die Gefahr, daß erhebliche Folgekosten letztlich zu einer Zementierung überzogener Abgabebelastungen führen, damit zur Gefährdung vorhandener oder Nichtschaffung sich selbst tragender Dauerarbeitsplätze.

Trotz allen „Kassandrarufern“ und entgegen allen „Untätigkeits-Polemiken“ gilt: Auch künftig muß beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitisch vorrangig auf die Selbstheilungskräfte des Marktes gesetzt werden. Im Zeitraum September bis November dieses Jahres werden sich die Auswirkungen des Beschäftigungsförde-

rungsgesetzes 1985 und der tariflichen Vorruhestandsregelungen genauer abschätzen lassen, als dies zur Zeit möglich ist. Was spricht eigentlich dagegen, bei der Festlegung der Eckdaten für den Bundeshaushalt 1986 von finanzpolitischen Möglichkeiten der Förderung der Beschäftigung zunächst maßvollen Gebrauch zu machen, sich dann aber für den Herbst je nach Entwicklung der wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischen Lage während der Beratungen des Bundeshaushalts 1986 im Bundestag im Bedarfsfall die Aufstockung öffentlicher Investitionen oder der staatlichen Förderung bestimmter privater Investitionen mit beschäftigungspolitischer Zielsetzung vorzubehalten?

Zahl der Beschäftigten gestiegen

Wie man die Arbeitslosigkeit wirklich sehen muß: „Eine registrierte Arbeitslosigkeit von fast 9 Prozent läßt die öffentliche Meinung nicht ruhen. Man muß dabei jedoch alle Umstände in Betracht ziehen: So ist z. B. trotz des hohen Arbeitslosensockels die Zahl der in der Industrie Beschäftigten seit März 1984 in einem Jahr um 47 000 auf 6,83 Mio. gestiegen, ein deutliches Zeichen, daß ein Aufschwung nicht nur in der Phantasie existiert.

Die monatlichen Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sind eine fast zu liebevolle Vorgartenpflege der Arbeitslosigkeit und leisten der Phantomdiskussion von „neuer Armut“ noch Vorschub.

Der hohe Prozentsatz der Arbeitslosigkeit, man darf es nicht vergessen, kommt nur zustande, weil er sich auf die Zahl der Beschäftigten bezieht. Gemessen an der Bevölkerungszahl, selbst wenn von dieser

mangels unterlassener Volkszählung gegenwärtig niemand genau weiß, ob sie 60 oder 61 Mio. beträgt, sind es höchstens 3,7 Prozent.

Immerhin rd. 41 Prozent dieser Bevölkerung (oder rd. 25 Mio. Menschen) haben jedoch einen Arbeitsplatz. Das ist ein beachtlicher Versorgungsgrad. Denn etwa 15 Prozent der Bevölkerung sind Rentner und Pensionäre, etwa genauso viele Kinder und Jugendliche. Im arbeitsfähigen Alter sind damit etwa 60 Prozent mit einem Arbeitsplatz versorgt.

Bei den Arbeitslosen besitzen dagegen etwa 50 Prozent keine Berufsausbildung („Ungelernte“) und sind in einer fortschreitend technisierten Welt auch wegen mangelnder Qualifikation kaum noch in Arbeit zu bringen.

Und eines übergeht die Bundesanstalt für Arbeit ebenso geflissentlich: Wo gegenwärtig dringender Facharbeiterbedarf besteht, ist er aus dem Arbeitsmarkt nicht zu decken. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit hat also mit Mobilität und Qualifikation wichtige Facetten, die auch von Nürnberg aus viel zu wenig erörtert werden.“

(aus: Wirtschaftsbild 48/1985)

Gegen „ARD-Magazin“

Auf Widerstand der CDU/CSU ist ein von der ARD geplantes eigenes Magazin gestoßen, das von Dezember dieses Jahres an vierteljährlich erscheinen soll. Dazu erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich, offensichtlich wollten die Rundfunkveranstalter künftig auch Zeitschriftenverleger werden. Ein solches Magazin stelle eine erste Etappe zur Beeinträchtigung der Pressefreiheit dar und sei aufgrund des Gebührenmonopols der Rundfunkanstalten wettbewerbspolitisch fragwürdig.

■ 40 JAHRE CDU

Die Gründer haben eine Partei neuen Typs geschaffen

„Die CDU ist zu einer modernen, sozial aufgeschlossenen, bürgernahen Volkspartei geworden.“ Mit dieser Feststellung beschreibt Generalsekretär Heiner Geißler das Ergebnis der Gründung einer Partei, deren 40jährige Geschichte mit politischen Plakaten, Fotos und Grafiken auf einer Wanderausstellung illustriert und vergegenwärtigt wird. Zur Eröffnung dieser Ausstellung auf dem Kölner Neumarkt erinnert der Generalsekretär daran, daß das Ende des nationalsozialistischen Unrechtssystems nicht nur Zusammenbruch bedeutete, sondern auch Wendepunkt war:

Schon vor seinem endgültigen Zusammenbruch entstanden überall in Deutschland die ersten Initiativen zur Gründung einer christlichen Volkspartei. Am 19. März 1945, nur 13 Tage nach der Besetzung Kölns, schrieb Hans Schäfer, später Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, einen Programmentwurf für eine „christlich-demokratische Volkspartei“ nieder. In den Kölner Leitsätzen von 1945 heißt es: „Unser fester Wille aber ist es, eine soziale Ordnung aufzurichten, die der demokratischen Überlieferung der deutschen Vergangenheit ebenso entspricht wie der Weite und dem Geiste des christlichen Naturrechtes.“

Die Antwort auf die totalitäre Vergangenheit, die die Gründer der CDU gaben, war eine christliche Antwort. Die Idee des Christentums gab den Gründern der CDU den Mut und die Kraft, die sie brauchten, um die Katastrophe zu überwinden. Das

Christentum ist die einzige Idee, die sich auf den ganzen Menschen bezieht, ohne den Menschen zu unterwerfen.

■ Es ist die Idee der angeborenen Würde des Menschen, der eine von Gott geschaffene Person ist.

■ Es ist die Idee des zur Freiheit geschaffenen Menschen, der seine Freiheit verantworten muß.

■ Es ist die Idee der Einzigartigkeit der Person, die dennoch Gemeinschaft braucht und der Gemeinschaft verpflichtet ist. Die Idee der personalen Würde, Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen ist die große Idee, die vor den Versuchungen des Totalitarismus schützt und politische Freiheit garantiert.

Wir können heute auf den Leistungen dieser Männer und Frauen aufbauen. Sie haben Deutschland aus der Katastrophe herausgeführt, sie haben den demokratischen und sozialen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Möglich war dies nur, weil sie sich in einer Union christlicher, liberaler und konservativer Kräfte zusammengeschlossen haben. Die Union hat die verhängnisvolle Zerrissenheit der demokratischen Kräfte überwunden. Die Menschen in Deutschland haben nach dem Krieg verstanden, daß die Zeit konfessioneller Zerrissenheit, die Zeit von Klassenkämpfen und Gesinnungskriegen vorbei ist. **Die Gründer der Christlich Demokratischen Union Deutschlands haben eine Partei neuen Typs geschaffen: Die CDU wurde zu einer modernen, sozial aufgeschlossenen, bürgernahen Volkspartei.**

40 Jahre Politik für Deutschland

Zahlreiche regionale Verbände der CDU werden in diesen Tagen 40 Jahre alt. Während sich die Bundespartei erst 1950 auf dem Goslarer Parteitag konstituierte, wurden die ersten Landesverbände der Christlich Demokratischen Union bereits wenige Wochen nach Kriegsende, im Jahre 1945, gegründet.

40 Jahre CDU ist für uns Anlaß, mit Stolz auf 40 Jahre Politik für Deutschland zurückzublicken.

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hat aus diesem Grund politische Plakate, Fotos und Grafiken ausgewählt, die im Rahmen einer Wanderausstellung (Plakatausstellung im Zelt) die 40jährige Geschichte der CDU dokumentieren.

Der Ausstellungsstart in Köln auf dem Neumarkt war ein nie erwarteter Erfolg.

CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler eröffnete die Ausstellung vor über 400 interessierten Besuchern; über 2500 Bürger nutzten in der Woche vom 13. bis 17. Juni — trotz Ferienbeginn in NRW — die Gelegenheit und informierten sich ausgiebig über 40 Jahre CDU-Geschichte.

Mobile Ausstellung für alle CDU-Verbände

Neben dieser Aktivität werden die Orts- und Kreisverbände der CDU auf lokalen und regionalen Veranstaltungen an ihre Gründung und an die in den vergangenen 40 Jahren erbrachten Leistungen erinnern. Deshalb hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle als mehrmals einsetzbare Informationseinheit eine „Mobile Ausstellung“ zusammengestellt, die auf 30 Stellwänden die interessantesten Plakate der Wanderausstellung enthält. Zusammen mit einer



perfekten Aufbautechnik wird hier den Orts- und Kreisverbänden eine Ausstellung zur Verfügung gestellt, die über die gesamte Dauer bei zahlreichen Jubiläumsfestlichkeiten und sonstigen Veranstaltungen wie Kreisparteitag oder Tage der offenen Tür bestens eingesetzt werden kann.

Erstmalig aufgebaut im Jubiläumsfestakt zum 40jährigen Bestehen der CDU-Rheinland im Kölner Gürzenich wurde die „Mobile Ausstellung“ — bei Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl —, von zahlreichen Besuchern umlagert.

Die Aufbautechnik ist auch für sonstige Veranstaltungen gut nutzbar, da Plakate und Fotos immer wieder neu auf die DIN-A1-Tafeln aufkaschiert werden können. Gerade im Bundestagswahlkampf 1986/87 werden sie somit vor Ort in der Lage sein, eigenständig Ausstellungen zu konzipieren, so z. B. im Umweltbereich.

Die „Mobile Ausstellung 40 Jahre CDU“

wird für 750,— DM ab Juli angeboten und ist über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn 1, schriftlich zu beziehen.

Poster-Sets (DIN A1)

Eine Plakatauswahl der Wanderausstellung bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle ab sofort zum Preis von je 20,— DM an. Hierbei enthält Set 1 zehn vorwiegend „politische Plakate“, während in Set 2 zehn „Poster“ angeboten werden. Die Bestellung erfolgt über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, unter der Bestell-Nr. 9672 (Plakat-Set) und 9673 (Poster-Set). Die Mindestabnahme beträgt ein Set.

40 Jahre CDU

Die Wanderausstellung ist in der Regel täglich von 10.00 Uhr bis 19.00 Uhr geöffnet; weitere Hinweise entnehmen Sie bitte den regionalen Pressemitteilungen.

Tourneeplan 1985/86

Berlin

6. Juni bis 2. Juli 1985
Berlin, Los Angeles-Platz

Westfalen-Lippe

31. August 1985 Bochum

Niedersachsen

17. bis 23. September 1985 Hannover

Hamburg

28. September bis 6. Oktober 1985

Hessen

15. November bis 2. Dezember 1985

Schleswig-Holstein

5. Dezember 1985 Kiel, Lübeck

Rheinland-Pfalz

21. Februar bis 2. März 1986 Mainz

Baden-Württemberg

8. März 1986 (vorbehaltlich)

Bremen

16. Juni 1986



■ SOZIALHILFE

Deutliche Verbesserung der Leistungen

Zum 1. Juli 1985 werden die Leistungen der Sozialhilfe deutlich verbessert. Durch die Anpassung des sogenannten Warenkorb werden die Regelsätze der Sozialhilfe zunächst um fünf Prozent erhöht. Dazu kommen weitere drei Prozent, mit denen die Steigerung der Lebenshaltungskosten ausgeglichen wird. Insgesamt werden also die Regelsätze der Sozialhilfe um rund acht Prozent ansteigen.

Zusätzliche Verbesserungen gibt es für alleinstehende Mütter oder Väter mit einem Kind bis zu sieben Jahren und für ältere Mitbürger über 60 Jahre. Beide Gruppen erhalten zusätzlich zum erhöhten Regelsatz einen sogenannten Mehrbedarfzuschlag. Er beträgt 20 Prozent des Regelsatzes, also etwa 75 Mark zusätzlich je Monat.

Nachdem es bereits im letzten Jahr gelungen war, die Regelsätze um rund 3,2 Prozent anzuheben, wird jetzt eine strukturelle Verbesserung für die Sozialhilfe-Empfänger möglich. Damit wird auch das Gerede der SPD über angebliche Kürzungen bei der Sozialhilfe und über die sogenannte neue Armut erneut widerlegt.

Wie sich die beschlossenen Verbesserungen in der Praxis auswirken, zeigen zwei Beispiele:

■ Eine alleinerziehende Mutter mit einem Kleinkind erhält gegenwärtig als Regelsatz 356 Mark für sich selbst und 160 Mark für das Kind, außerdem Erstattung der Kosten für Miete und Heizung. Bei einer an-

genommenen Warm-Miete von 450 Mark sind das insgesamt 966 Mark monatlich. Dazu kommen, je nach Bedarf, einmalige Leistungen. Diese alleinerziehende Mutter mit einem Kleinkind erhält künftig einen Regelsatz von 385 Mark für sich, einen Mehrbedarfzuschlag von etwa 75 Mark und einen Regelsatz von 173 Mark für das Kleinkind. Bei gleichbleibender Mietbelastung erhält diese Mutter vom 1. Juli 1985 an also insgesamt 117 Mark je Monat mehr.

■ Ein alleinstehender älterer Mitbürger über 60 Jahre wird vom 1. Juli an neben der Erhöhung des Regelsatzes den bereits genannten Mehrbedarfzuschlag von rund 75 Mark zusätzlich erhalten. Er hat damit vom 1. Juli 1985 an gegenüber der jetzigen Regelung rund 100 Mark im Monat mehr zu seiner Verfügung.

In Nordrhein-Westfalen wollte die mit absoluter Mehrheit regierende SPD Abstriche von der in Bonn gemeinsam beschlossenen Anhebung der Sozialhilfessätze durchsetzen. Sie wollte die Erhöhung der Sozialhilfe in NRW auf fünf Prozent beschränken. Erst durch den Druck der CDU wird die Anhebung wenigstens 6,5 Prozent betragen. Dieses Beispiel zeigt: **Während die SPD auf der einen Seite die CDU demagogisch angreift, scheut sie sich selbst nicht, zu Lasten der sozial Schwächsten zu sparen.** ■

Petitionen beim Bundestag

Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages wird immer stärker von den Bürgern in Anspruch genommen. Das geht aus dem Jahresbericht 1984 des Petitionsausschusses hervor. Exakt 13878 Petitionen gingen im Jahre 1984 beim Deutschen Bundestag ein. Dies bedeutet eine weitere Steigerung der Eingaben von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, daß ihre Anliegen ernst genommen werden.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Arbeitsschwerpunkt: Kulturpolitik Vorschläge für Parteiaktivitäten

Der 33. Bundesparteitag in Essen hat beschlossen, das „Europäische Jahr der Musik“ zum Anlaß zu nehmen, einen Arbeitsschwerpunkt in der Kulturpolitik zu setzen. In diesem Zusammenhang soll die Bundespartei einen Fachkongreß „Kunst und Kultur“ durchführen und ein zeitgemäßes „Kulturpolitisches Programm“ erarbeiten.

Auch die Gliederungen der CDU sind aufgefordert, in ihrer Arbeit einen kulturellen Schwerpunkt zu setzen. Die CDU will und braucht den Kontakt zwischen Künstlern, Politikern und kunstinteressierten Bürgern. Künstler sind mit der ihnen eigenen Sensibilität oftmals ihrer Zeit voraus; sie spüren Veränderungen eher als andere, sie sind offener für Geistig-Atmosphärisches. Ähnliches gilt für kunstinteressierte Bürger, die, wenn sie als solche gezielt angesprochen werden, auch für Themen der Politik Aufgeschlossenheit zeigen. Besonders junge Menschen verbinden mit einer künstlerischen Tätigkeit zugleich ein gesellschaftspolitisches Engagement. Das Anliegen des Europäischen Jahres der Musik läßt sich gut mit dem gleichzeitigen Internationalen Jahr der Jugend verknüpfen.

Neben dem Ziel aller Kunst, ästhetisch Schönes in vollendeter Form zu schaffen, ist in der Gegenwart wieder ein zweites Motiv in den Vordergrund getreten: Durch Beschäftigung mit der Kunst sollen neue Sicht- und Denkweisen aufgedeckt und entwickelt werden, denen sich die Politik stellen muß. Kunst und Politik standen nie

in problemfreier Harmonie zueinander. Aber die Geschichte zeigt, daß eine Politik gegen die Künste nie lange Bestand haben konnte. Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, ein Urteil darüber abzugeben, was als Kunst gelten darf und was nicht. Die Kunst ist frei. Gleichwohl kann die Kunst der Politik nicht gleichgültig sein. Je größer die Fähigkeit von Politik und Kunst sind, in Freiheit und gegenseitiger Toleranz miteinander umzugehen, um so überzeugender ist auch die Anziehungskraft unserer freiheitlichen Demokratie.

Wir geben nachfolgend einige Vorschläge für Aktionen:

1. Probleme der lokalen Musikpflege

Die CDU veranstaltet eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema. Eingeladen werden u. a. Musiklehrer, Musikschullehrer, der Kulturamtsleiter, der örtliche GMD, Vertreter des Stadtjugendringes und von Musikformationen junger Leute, Vertreter von Musikvereinen, der musikalischen Brauchtumpflege und der musikbezogenen Fördervereine. Ziel sollte eine Bestandsaufnahme der musik-kulturellen Aktivitäten und die Sammlung von Vorschlägen zur Verbesserung der Situation sein. Aktuell ist gegenwärtig die Auseinandersetzung um den politischen Stellenwert von musikalischen (muischen) Aktivitäten außerhalb des etablierten kommunalen Kulturbetriebes.

2. Städtepartnerschaften

Die CDU-Rats- und Kreistagsfraktionen werden aufgefordert, bei Veranstaltungen im Rahmen bestehender Städtepartnerschaften dem Gedanken des Europäi-

schen Jahres der Musik Rechnung zu tragen.

3. Internationaler Liederabend

Die CDU organisiert einen Liederabend als „offenes Singen“. Chöre, Einzelinterpreten, Instrumentalgruppen tragen Lieder ihrer Heimat vor. Ein „Musikfachmann“ wird als Leiter der Veranstaltung gewonnen. Lieder, die von allen mitgesungen werden können, werden vervielfältigt.

4. Das Lied der Deutschen — das Lied der Heimat

Die CDU verteilt ein Faltblatt (DIN A5, Kunstdruckbogen, einmal gefaltet), das die Texte des „Liedes der Deutschen“ und des (oder eines) Heimatliedes enthält. Porträts der Dichter und Komponisten sowie historische Erläuterungen werden beigefügt. Das CDU-Logo weist auf den Absender hin.

5. Künstler bei der CDU

Die Kreisgeschäftsstelle stellt Künstlern (auch Hobbykünstlern) ihre Räume zur Verfügung. Sie können dort ausstellen und mit Interessenten Gespräche führen.

6. Mundartdichter der Heimat

Die CDU veranstaltet eine Dichterlesung, in der ein oder mehrere Mundartdichter Texte vortragen, die in bezug auf die enge Heimat und ihre Geschichte stehen. In der Einladung ist die enge Verbindung der CDU zur Kultur- und Heimatpflege aufzuzeigen.

7. Festival

Die CDU veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Jungen Union einen „Song-Wettbewerb“ oder ein „Festival der Liedermacher.“ Dabei können politikbezogene, thematische Vorgaben gemacht werden.

8. Förderpreis

Die CDU stiftet einen Förderpreis der CDU für die beste örtliche Laienmusikgruppe oder Jugendmusikgruppe.

■ SOLIDARITÄT

Hilfe für verfolgte Demokraten

Viele unserer Freunde im Ausland werden verfolgt und bedroht. Sie treten ein für die Menschenrechte, für demokratische Überzeugungen, für christlich-soziale Ideen. Uganda, El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Philippinen sind Beispiele für Länder, in denen in den vergangenen Jahren mutige Demokraten gelitten haben, weil sie für Gerechtigkeit und Freiheit eingetreten sind.

Sie verlieren aus politischen Gründen ihre Arbeit, werden verbannt, verhaftet oder gefoltert. Einige sind sogar ermordet worden: Bürgermeister und Gemeinderäte, Gewerkschaftsmitglieder, Parteiführer, Wissenschaftler, Journalisten, Priester. Ihre Angehörigen sind dadurch teilweise ausgeweglos in materielle und menschliche Not geraten. Viele Einzelschicksale sind bekannt, wenigen konnte geholfen werden. Wir müssen mehr für sie tun. Dafür unterhält die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Hilfsfonds „Internationale Solidarität“.

„Als Vorsitzender der CDU und als Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung“ schrieb Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Monatsblatt, „...rufe ich Sie auf zur praktischen Solidarität mit unseren Freunden und Partnern und bitte Sie um eine konkrete Leistung zugunsten des Hilfsfonds ‚Internationale Solidarität‘, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.“.

Hilfsfonds „Internationale Solidarität“
5205 St. Augustin 1
Postgirokonto Köln, Nr. 8787-501,
BLZ 370 100 50

■ EVANGELISCHER ARBEITSKREIS

Mit der Jungen Union auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten

Vom 5. bis 9. Juni fand in Düsseldorf der 21. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Dieser Kirchentag brachte erneut Rekordzahlen: ca. 150 000 Teilnehmer, davon 130 000 Dauergäste; ca. 70 % der Besucher waren junge Erwachsene unter dreißig.

An der Vorbereitung und Gestaltung der etwa 2300 Veranstaltungen beteiligten sich bis zu 25000 Menschen. Durchschnittlich nahmen an den allmorgendlichen Bibelarbeiten 60000 Christen teil. Die von der Friedensbewegung am Samstag, dem 8. Juni, veranstaltete Kundgebung zählte hingegen nur etwa 15000 Demonstranten und wäre noch schwächer ausgefallen, hätten sich nicht noch viele Tausende aus Halle 10 hinzugesellt.

Über 1200 Journalisten hatten sich angemeldet. Fast alle Rundfunk- und Fernsehanstalten haben vom Kirchentagsgelände aus berichtet. Dabei ist der vorwiegend durch Fernsehsendungen geweckte Eindruck eines „von Politik überschwemmten Kirchentages einer politisierenden Kirche“ falsch. „Das Gegenteil ist zutreffend, doch genau darum erscheint der in den Medien reproduzierte Kirchentag immer stärker als politisches Großereignis. Dialektik im höheren Chor? Nein, sondern: je stärker der Kirchentag zum Kirchentag wird, um so schneller flüchtet sich die Berichterstattung notgedrungen aus dem Unanschaulichen zu den vertrauten, handfesten Elementen, den Aktionen, Plakaten, Gesichtern, Konflikten und Schlagworten aus dem politischen Bereich. Mit denen weiß

man auch ohne kirchlichen Bezugspunkt etwas anzufangen und sie bleiben wie der Kern übrig, nachdem die fromme Schale geknackt und als ungenießbar beiseite gelegt ist.“ (G. Mack, Die Zeit, Nr. 25/85)

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU war gemeinsam mit der Jungen Union auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Das Motto des Standes lautete: „Konkrete Politik im Kampf gegen Hunger und Not für Gerechtigkeit und Frieden in Freiheit“. Viele Kirchentagsbesucher nahmen die Gelegenheit wahr, mit den anwesenden Politikern der CDU/CSU und den Mitarbeitern des Evangelischen Arbeitskreises und der JU zu diskutieren. Diese Gespräche waren offen und anregend.

Gäbe es den Deutschen Evangelischen Kirchentag also nicht, man müßte ihn erfinden. Denn gerade in unserer historischen Situation einer Bündelung schwerwiegender Probleme wie der Erhaltung des Friedens in Freiheit, der Bewahrung der Umwelt und der Überwindung struktureller Arbeitslosigkeit und ihrer auch psychischen Folgen, ist dieses mehrtägige Forum des deutschen Protestantismus ein wertvoller Ort des Zuhörens, des Austauschs der Argumente und der Suche nach tragfähigen Lösungen.

Im Gegensatz zu den durch politische Einseitigkeit und Polarisierung gekennzeichneten vorausgegangenen Kirchentagen in Hamburg und Hannover herrschte in Düsseldorf ein Klima neuer Nachdenklichkeit und des Dialogs.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

■ TERMINE

- 21./22. 6. **OMV**
Bundesdelegiertentagung 1985,
Wesseling/Eichholz
21. 6. **LV Schleswig-Holstein**
Landesvorstand mit den Kreis-
vorsitzenden der Vereinigungen,
Kiel
- 21./22. 6. **JU-Bund**
Vorstand, München
21. 6. **OMV Bundesvorstand**,
Wesseling/Eichholz
22. 6. **Frauenvereinigung Rheinland-
Pfalz**
Kreisvorsitzendenkonferenz
- 22./23. 6. **Junge Union Südbaden**
Bezirkstag, Ehrenkirchen
24. 6. **LV Rheinland-Pfalz**
Fachkongreß Steuerpolitik,
Mainz
24. 6. **LV Schleswig-Holstein**
WMV-Landesvorstand, Neumün-
ster
24. 6. **Junge Union Schleswig-Holstein**
Landesvorstand, Kiel
25. 6. **LV Rheinland-Pfalz**
Kreisvorsitzendenkonferenz,
Mainz
26. 6. **CDU Präsidium**
Sitzung, Bonn
29. 6. **EAK Schleswig-Holstein**
Sitzung, Kiel
3. 7. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesvorstand, Mainz
4. 7. **OMV Schleswig-Holstein**
Landesvorstand, Kiel
5. 7. **CDU Hessen**
Vorstand, Wiesbaden
- 7./13. 7. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar,
Berlin
8. 7. **LV Baden-Württemberg**
Landesvorstand, Stuttgart
8. 7. **MIT Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
9. 7. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen
- 14./20. 7. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar,
Berlin
- 19./20. 7. **LV Baden-Württemberg**
21. Landesparteitag, Offenburg
- 26./28. 7. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitische
Regionaltagung, Ebersberg/
Oberndorf
- 28./3. 8. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar,
Berlin
9. 8. **Junge Union Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
9. 8. **CDU Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 11./17. 8. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar,
Berlin
17. 8. **CDU Westfalen-Lippe**
Landesparteitag, Paderborn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UjD